

Das Wichtigste in Kürze

Das Bundesverwaltungsgericht schloss im Berichtsjahr insgesamt 7157 Fälle ab. Aus dem Vorjahr übernahm es 5605 Fälle; 6965 neue Fälle gingen im Verlaufe des Jahres ein. Die durchschnittliche Verfahrensdauer sank von 284 auf 264 Tage.

Am 1. Januar übernahm Marianne Ryter das Präsidium und Vito Valenti das Vizepräsidium des Bundesverwaltungsgerichts für die Amtsperiode 2019/2020. Ihr erstes Amtsjahr absolvierten auch sämtliche weiteren Mitglieder der Verwaltungskommission. Einem Neuzugang im Richterergremium standen drei Abgänge gegenüber; seit dem 1. September darf das Bundesverwaltungsgericht keine Richterstellen mehr besetzen, bis eine Reduktion des Etats auf 65 Stellen erreicht ist.

Die massgeblichste Änderung der Rechtspraxis betraf mit dem Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes die Abteilungen IV bis VI. Die Asylverfahren werden seit dem 1. März nach dem beschleunigten Verfahren durchgeführt.

Nach einer intensiven Konsultationsphase stand Ende Jahr das neue System zur Ressourcenbewirtschaftung EquiTAF in der Einführungsphase. Es basiert auf vergleichbaren Daten zum Arbeitsaufwand in allen Abteilungen und soll auf einfache Art der abteilungsübergreifenden Ressourcenverteilung dienen.

Seine Digitalisierungsstrategie setzt das Bundesverwaltungsgericht unter dem Projektnamen DigiTAF um.



BUNDESV ERWALTUNGSGERICHT

1. Allgemeiner Teil	60
Zusammensetzung des Gerichts	60
Gerichtsorganisation	62
Kommissionen	63
Geschäftslast	64
Koordination der Rechtsprechung	64
Gerichtsverwaltung	64
Projekte	66
Aufsicht	66
Zusammenarbeit	67
2. Statistiken	68

GESCHÄFTSBERICHT 2019 DES BUNDESV ERWALTUNGSGERICHTS

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgesetzes erstatten wir Ihnen nachfolgend Bericht über unsere Tätigkeit im Jahr 2019.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bundesverwaltungsgericht

Die Präsidentin: Marianne Ryter

Die Generalsekretärin: Stephanie Rielle La Bella

St. Gallen, 30. Januar 2020

1. ALLGEMEINER TEIL

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsgorgane

Präsidium

Präsidentin:	Marianne Ryter
Vizepräsident:	Vito Valenti

Verwaltungskommission

Präsidentin:	Marianne Ryter
Vizepräsident:	Vito Valenti
Mitglieder:	Yannick Antoniazza-Hafner Claudia Cotting-Schalch Walter Lang

Präsidentenkonferenz

Vorsitzende:	Nina Spälti Giannakitsas, Präsidentin Abteilung IV
Mitglieder:	Michael Beusch, Präsident Abteilung I Francesco Brentani, Präsident Abteilung II David Weiss, Präsident Abteilung III Emilia Antonioni Luftensteiner, Präsidentin Abteilung V Jenny de Coulon Scuntaro, Präsidentin Abteilung VI

Stab Leitungsgorgane

Generalsekretärin:	Stephanie Rielle La Bella
Stellvertreter:	Bernhard Fasel

Abteilungen

Abteilung I

Präsident:	Michael Beusch
Mitglieder:	Christine Ackermann Christoph Bandli Sonja Bossart Meier Jérôme Candrian Kathrin Dietrich Raphaël Gani Maurizio Greppi Claudia Pasqualetto Péquignot Daniel Riedo Annie Rochat Pauchard Marianne Ryter Jürg Steiger

Abteilung II

Präsident:

Francesco Brentani

Mitglieder:

Pietro Angeli-Busi

Maria Amgwerd

David Aschmann

Jean-Luc Baechler

Stephan Breitenmoser

Ronald Flury

Martin Kayser (ab 1.7.)

Vera Marantelli-Sonanini

Keita Mutombo

Pascal Richard

Eva Schneeberger

Marc Steiner

Daniel Willisegger

Christian Winiger

Abteilung III

Präsident:

David Weiss

Mitglieder:

Caroline Bissegger

Michela Bürki Moreni

Caroline Gehring

Viktoria Helfenstein

Madeleine Hirsig-Vouilloz

Michael Peterli-Caruel

Christoph Rohrer

Daniel Stufetti

Vito Valenti

Beat Weber

Abteilung IV

Präsidentin:

Nina Spälti Giannakitsas

Mitglieder:

Gérald Bovier

Daniela Brüscheweiler

Daniele Cattaneo

Claudia Cotting-Schalch

Yanick Felley

Mia Fuchs

Walter Lang

Gérard Scherrer

Jeannine Scherrer-Bänziger

Hans Schürch

Contessina Theis

Simon Thurnheer

Jürg Marcel Tiefenthal

Thomas Wespi

Abteilung V

Präsidentin:

Emilia Antonioni Luftensteiner

Mitglieder:

Barbara Balmelli-Mühlematter

Muriel Beck Kadima

Sylvie Cossy

Gabriela Freihofer

Markus König

Constance Leisinger

Christa Luterbacher

Esther Marti

Jean-Pierre Monnet

Lorenz Noli

Roswitha Petry

Grégory Sauder

William Waeber

David R. Wenger

Abteilung VI

Präsidentin:

Jenny de Coulon Scuntaro

Mitglieder:

Yannick Antoniazza-Hafner

Daniele Cattaneo

Gregor T. Chatton

Susanne Genner (ab 1.5.)

Fulvio Haefeli

Martin Kayser (bis 30.6.)

Regula Schenker Senn

Andreas Trommer

Blaise Vuille

Im Berichtsjahr amtierte *Marianne Ryter* als Präsidentin und *Vito Valenti* als Vizepräsident des Gerichts. Die Verwaltungskommission setzte sich nebst der Präsidentin und dem Vizepräsidenten aus *Yannick Antoniazza-Hafner*, *Claudia Cotting-Schalch* und *Walter Lang* zusammen. Die Abteilungen wurden präsiert von *Michael Beusch* (Abteilung I), *Francesco Brentani* (Abteilung II), *David Weiss* (Abteilung III), *Nina Spälti Giannakitsas* (Abteilung IV), *Emilia Antonioni Luftensteiner* (Abteilung V) und *Jenny de Coulon Scuntaro* (Abteilung VI).

Susanne Genner trat am 1. Mai das Richteramt an (Wahl durch die Vereinigte Bundesversammlung am 12. Dezember 2018). Mitte Jahr wechselte *Martin Kayser* von der Abteilung VI in die Abteilung II. Per Jahresende traten *Christoph Bandli* und *Blaise Vuille* in den Ruhestand. Zu diesem Zeitpunkt verliess auch *Michael Beusch* das Gericht, da er am 25. September von der Vereinigten Bundesversammlung als ordentlicher Richter ans Bundesgericht gewählt worden war.

Gerichtsorganisation**Gesamtgericht**

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr – wie schon im Vorjahr – zu vier ordentlichen Sitzungen. Dabei verabschiedete es unter anderem die abtretenden Richterinnen und Richter und vereidigte die neu eintretende Richterinnen.

Das Gesamtgericht führte am 19. März die Ersatzwahl eines Vizepräsidenten für die Eidgenössische Schätzungskommission Kreis 6 für die Amtsperiode 2019–2024 durch. Im Dezember wählte es neue Präsidenten für die Abteilungen I und II.

Am 25. Juni beschloss das Gesamtgericht eine Anpassung von Art. 16 Abs. 1 des Geschäftsreglements für das Bundesverwaltungsgericht (VGR, SR 173.320.1), wonach sich die Schlichtungsstelle neu aus sechs statt fünf ordentlichen Mitgliedern zusammensetzt.

Seit 1. September darf das Bundesverwaltungsgericht keine Richterstellen mehr besetzen. Eine Reduktion des

Beschäftigungsgrads oder eine Beendigung des Amtes einer Richterin oder eines Richters, beispielsweise infolge Pensionierung, wird so lange zu einem Verlust an Richterstellenprozenten für das Gesamtgericht führen, bis der Etat von 65 Stellen erreicht ist.

Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission traf sich zu insgesamt 13 ordentlichen Sitzungen, wovon eine in Form einer Retraite durchgeführt wurde. Als Verwaltungskommissionsziele 2019/2020 wurden definiert und verabschiedet: das Vorantreiben der Gerichtsprojekte EquiTAF, DigiTAF, E-Asyl und der Vorstudie Wissensmanagement, die Führungskultur sowie die Optimierung der Ressourcensteuerung für qualitativ hochstehende Entscheide innert angemessener Frist. Die Verwaltungskommission fälltte zudem verschiedene Beschlüsse zu Themen wie der Faxablösung, dem elektronischen Rechtsverkehr, der Einführung des E-Dossiers SEM, den Projektmitarbeitenden aus der Rechtsprechung sowie den Entwicklungsmöglichkeiten für Gerichtsschreibende.

Am 1. April wurde in der Abteilung I die Kammer «NDG» geschaffen, und Richter *Jérôme Candrian* wurde zum Kammerpräsidenten ernannt. Die neue Kammer behandelt Anträge des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) auf Anordnung genehmigungspflichtiger Beschaffungsmassnahmen.

Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere für die Koordination der Rechtsprechung zuständig. Im Berichtsjahr traf sie sich zu zehn Sitzungen (10 im Vorjahr). Die Konferenz fasste unter anderem Beschlüsse im Zusammenhang mit der Spruchkörperbildung bei einem Wechsel des Kammer- bzw. Abteilungspräsidiums und der Unterschriftenregelung betreffend internationale Verfahren. Ausserdem verabschiedete sie eine Leitlinie für die Urteilsredaktion, die fünf Voraussetzungen gut verfasster Urteile benennt und der Qualitätssicherung der Rechtsprechung dient.

Kommissionen

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission (RK) definiert die strategische Ausrichtung von Publikation und Dokumentation der Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts und gewährleistet die Einheitlichkeit der amtlichen Entscheidsammlung (BVGE). Sie setzt sich aus sechs Richterinnen und Rich-

tern zusammen und wird von Mitarbeitenden der Wissenschaftlichen Dienste unterstützt.

Im Berichtsjahr tagte die RK elfmal, und es wurden acht BVGE-Newsletter versandt. Der Jahresband der BVGE 2018 mit 36 Entscheiden erschien Ende Oktober.

Die RK hat als Jahresziel unter anderem in einem Arbeitspapier zuhanden der Präsidentenkonferenz (PK) ihre Zuständigkeiten und ihre Rolle im Bereich der Publikation und Dokumentation spezifiziert.

Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle vermittelt bei Konflikten zwischen Richterinnen bzw. Richtern. Sie hat sich im Berichtsjahr neu konstituiert und besteht nunmehr aus sechs ordentlichen Mitgliedern: *Christine Ackermann* (Abteilung I), *Mia Fuchs* (Abteilung IV), *Martin Kayser* (stellvertretender Vorsitz, Abteilung II), *Markus König* (Vorsitz, Abteilung V), *Keita Mutombo* (Abteilung II) und *Beat Weber* (Abteilung III); zudem gehört gemäss Reglement die Gerichtspräsidentin, *Marianne Ryter*, dem Gremium an. Die Schlichtungsstelle wurde im Berichtsjahr nicht angerufen.

Schlichtungskommission

Die Schlichtungskommission informiert, berät und vermittelt bei Streitigkeiten, die in den Bereich des Gleichstellungsgesetzes fallen. Ziel des Schlichtungsverfahrens ist eine einvernehmliche Regelung des Streitfalls, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann. Die Schlichtungskommission klärt mithilfe der Parteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer/in) den Sachverhalt und versucht in der Schlichtungsverhandlung, eine Einigung herbeizuführen. Sie wurde im Jahr 2018 geschaffen. Im Berichtsjahr wurde sie nicht angerufen.

Personalkommission

Im Berichtsjahr wurde die Personalkommission (PEKO) vermehrt konsultiert, etwa zum Merkblatt zur Struktur eines Urteils, zu abteilungsübergreifenden Massnahmen (EquiTAF), zur Richtlinie Gerichtsschreibenden-Pool / Entwicklung Variante zur Erfassung von Kenntnissen und Interessen der Mitarbeitenden (EquiTAF) und zur Leitlinie Urteilsredaktion. Die jeweiligen Projektleitenden schätzten die Stellungnahmen der PEKO.

Es gingen im Vergleich zum Vorjahr mehr Anfragen von Mitarbeitenden ein. Diese wurden vor allem mit HR diskutiert. Weiter präsentierte die PEKO ihr Dienstleistungsangebot an einer Informationsveranstaltung zum Thema «interne Ansprechstellen». Im Herbst wurde ein Grillanlass organisiert mit dem Ziel, Wünsche und Vor-

schläge der Mitarbeitenden zu sammeln und den Dialog zu fördern. Rund 70 Mitarbeitende brachten an diesem Anlass Themenvorschläge zur Weiterbearbeitung durch die PEKO ein. Im Berichtsjahr endete die Legislaturperiode der PEKO, und es wurden Neuwahlen durchgeführt.

Vertrauensstelle

Die Vertrauensstelle amtiert bei Fragen und Problemen, die mit dem Arbeitsverhältnis verknüpft sind, soweit nicht die interne Schlichtungsstelle bei Konflikten innerhalb der Richterschaft oder die Schlichtungskommission zuständig sind. Im Berichtsjahr wurde die Vertrauensstelle mehrmals von Mitarbeitenden betreffend deren Beziehung zu Vorgesetzten bzw. zu Arbeitskolleginnen und -kollegen zu Rate gezogen, wobei nur in einem Fall eine konkrete Intervention nötig war. In diesem Zusammenhang wurde eine Sitzung mit der betreffenden Organisationseinheit durchgeführt. Die Vertrauenspersonen erachten diese niederschwellige Anlaufstelle weiterhin als sehr wichtig, um erste Fragen zu klären und allfällige weitere Schritte unkompliziert zu besprechen sowie Eskalationen möglichst zu vermeiden.

Geschäftslast

Überblick

Die Statistiken ab Seite 68 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 5605 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Bis zum Jahresende gingen 6965 (Vorjahr 7474) neue Fälle ein, denen 7157 (Vorjahr 7604) abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle sank zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember um 192 (–3,4%) auf 5413. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 264 Tage (Vorjahr 284). Am Ende des Jahres waren 421 (Vorjahr 395) Fälle älter als zwei Jahre. Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die sechs Abteilungen

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abt. I	767	655
Abt. II	415	386
Abt. III	660	659
Abt. IV	1952	2177
Abt. V	1908	1938
Abt. VI	1263	1342
Gesamthaft	6965	7157

Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung zu sechs (Vorjahr 10) Gesetzes- und Verordnungsvorlagen zur Vernehmlassung eingeladen. Inhaltlich nahm das Gericht Stellung zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2018/1240 über die Einrichtung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) und zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG), zur Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zur Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) und zur Änderung des BGIAA zur Registrierung der Landesverweisung im ZEMIS, zu einer Änderung des Asylgesetzes (16.403 s Pa.lv. Familiennachzug) sowie zu Verordnungsänderungen zur Umsetzung der Änderung vom 14. Dezember 2018 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Verfahrensnormen und Informationssysteme).

Bei einer Vernehmlassung wurde auf eine Stellungnahme verzichtet. Eine Vernehmlassung (Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration [AIG]: Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme) war am Ende des Berichtsjahres noch in Bearbeitung.

Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr wurden keine abteilungsübergreifenden Koordinationsverfahren nach Art. 25 VGG eingeleitet. Die Präsidentenkonferenz fasste Beschlüsse gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b VGG zu verfahrensrechtlichen Fragen, die alle Abteilungen betreffen. Beispielsweise passte sie die Rechtsmittelbelehrung in den Entscheiden des Bundesverwaltungsgerichts an die entsprechende Bestimmung des Bundesgerichts an. Rein asylrechtliche Fragen, seien diese materieller oder verfahrensrechtlicher Art, werden nach den Reglementen über die Zusammenarbeit der Abteilungen IV und V bzw. der Abteilungen IV, V und VI des Bundesverwaltungsgerichts koordiniert.

Gerichtsverwaltung

Gerichtsbetrieb

Die sechs Bereiche des Generalsekretariats stellten mit ihren Support- und Dienstleistungen den Gerichtsbetrieb

sicher. Nebst dem Tagesgeschäft trieben die Bereiche verschiedene Projekte voran.

Das neue System zur Ressourcenbewirtschaftung, das unter dem Projektnamen EquiTAF in Koordination mit allen Abteilungen erarbeitet wurde, stand im Berichtsjahr in der Einführungsphase und wurde von verschiedenen Massnahmen begleitet. Es basiert auf vergleichbaren Daten zum Arbeitsaufwand in allen Abteilungen und soll auf einfache Art der abteilungsübergreifenden Ressourcenverteilung dienen.

Das Projekt DigiTAF betrifft die digitale Transformation der Rechtsprechung, die in den nächsten Jahren mit einem Bündel von Massnahmen vorangetrieben werden soll. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen einen konkreten Beitrag leisten, um Medienbrüche zu eliminieren, Arbeitsprozesse schlanker zu gestalten, den Verwaltungsaufwand zu senken, die Verfahrensdauer zu kürzen und die Zufriedenheit von Mitarbeitenden und Parteien zu steigern. Im Berichtsjahr wurde an Grundlagen der Digitalisierung gearbeitet. Konkret wurde das Prozessmanagement neu ausgerichtet, ein Projektportfolio eingeführt und eine Vorstudie im Bereich Wissensmanagement durchgeführt. Daneben wurden einige Pilotierungen auf den Weg gebracht.

Am 5. April erschien der Schlussbericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle zur Prüfung der Umsetzung des Projekts Gerichtsorganisation 2016. Mit dem Projekt strebte das Bundesverwaltungsgericht die Überprüfung und Optimierung seiner Organisation an. Hauptstossrichtungen des Projekts waren die Verbesserung der Führung der Abteilungen und eine ausgeglichene Verteilung der Geschäftslast zwischen den Abteilungen. Zweck der Prüfung der Eidgenössischen Finanzkontrolle war es, die Zielerreichung des Projekts zu beurteilen.

Am 1. Februar übernahmen Philipp Schildknecht und Pascal Pieth von P&P Catering den Betrieb des Personalrestaurants, der im Vorjahr neu ausgeschrieben worden war.

Im Bereich Kommunikation wurde ein Unternehmensfilm für das Bundesverwaltungsgericht realisiert. Der dreisprachige Kurzfilm vermittelt ein klareres Bild der Aufgaben des Gerichts und trägt zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung bei.

Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 434 Personen tätig: 77 Richter/innen (68,95 Stellen), 234 Gerichtsschreiber/innen (195,8 Stellen), 44 Kanzleimitarbeiter/innen in den Abteilungen (37,9 Stellen) sowie

79 Mitarbeiter/innen im Generalsekretariat (69,3 Stellen). Zudem machten 3 Lernende ihre Ausbildung am Bundesverwaltungsgericht, und 23 Personen absolvierten ein Praktikum. Bei den nachstehenden statistischen Werten sind die Ausbildungsplätze nicht ausgewiesen.

67,1% der am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 25,8% französischer, 6,9% italienischer und 0,2% anderer Hauptsprache. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahres über das ganze Gericht gesehen 57,8%, wobei er beim richterlichen Personal bei 41,6% und bei den Mitarbeitenden bei 61,3% lag. 32,2% der Richter/innen und 52,1% der Angestellten arbeiteten Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 90%. Die Fluktuationsrate betrug 10,9% (Vorjahr 13,3%); bei den Richterinnen und Richtern 3,9%, bei den Gerichtsschreiber/innen 11,4% und beim übrigen Personal 14,4%.

Finanzen

Den Erträgen von 4 183 900 Franken stehen Aufwendungen von 85 448 200 Franken gegenüber. Der Deckungsgrad betrug somit 4,9%. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Mehrertrag von 130 700 Franken oder 3,2% zu verzeichnen. Bei den Gerichtsgebühren wird gegenüber der Vorjahresperiode ein Mehrertrag von 163 150 Franken oder 4,3% verzeichnet, die Zahl gebührenwirksamer Verfahren hat um 6,1% abgenommen. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 1 560 100 Franken oder 1,9% gestiegen. Der Personalaufwand hat um 920 300 Franken und der Sach- und Betriebsaufwand um 533 100 Franken zugenommen. Aufgrund einer bundesgerichtlichen Klärung von Rückforderungen der Eidgenössischen Schätzungskommission Kreis 10 sowie der entsprechenden Verpflichtung, den Mitgliedern Kostenvorschüsse zu leisten, stiegen die Kosten im Vergleich zum Vorjahr um 198 800 Franken an. In diesen Posten ist eine aufwandsmindernde Weiterbelastung für Leistungen zugunsten des Bundespatentgerichts in der Höhe von 159 150 Franken enthalten. Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von 44 846 Franken aus. Diese betreffen Investitionen für die Anschaffung und den Ersatz des bisherigen Geschäftsfahrzeugs. Die Abschreibungen betrugen 35 266 Franken und betrafen Abschreibungen für die gastronomische Einrichtung und Ausstattung, Scangeräte, das Videoüberwachungssystem sowie das Geschäftsfahrzeug.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesverwaltungsgericht veröffentlichte 24 Medienmitteilungen (Vorjahr 30). 22 der Medienmitteilungen betrafen die Rechtsprechung und 2 den übrigen Gerichts-

betrieb. Insgesamt behandelte der Bereich Kommunikation 190 Anfragen von Medienschaffenden. Ende Jahr waren 55 Medienschaffende am Gericht akkreditiert.

Von öffentlichem Interesse waren beispielsweise das Urteil über die Erdbebensicherheit des Kernkraftwerks Beznau, der Entscheid, dass Cannabisblüten der Tabaksteuer unterstehen, das Urteil zur App-gestützten Datenbeschaffung einer Zusatzversicherung im Gesundheitsbereich und der Fall zur Disziplinaruntersuchung gegen den Bundesanwalt.

Die Umsetzung der neuen Kommunikationsstrategie wurde im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen. Einen weiteren Meilenstein bildete die Produktion eines Unternehmensfilms, der das Bundesverwaltungsgericht auf zugängliche und informative Weise vorstellt. Der Film kommt etwa im Rahmen von Besucherführungen zum Einsatz, wird aber auch auf der Website des Gerichts angeboten.

Projekte

EquiTAF

Ziel des Projekts EquiTAF ist es, ein einfaches, pragmatisches System zur angemessenen abteilungsübergreifenden Ressourcenbewirtschaftung zu schaffen. Im Rahmen der Einführungsphase wurden die in den vorangegangenen Projektphasen erarbeiteten Instrumente zur Ressourcensteuerung erstmals eingesetzt, namentlich die Erweiterung des Verfahrensreportings und die Stärkung des Tertialreportings. Zudem wurden weitere Massnahmen zur Optimierung der Ressourcenallokation sowie zur Förderung und Flexibilisierung der abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit definiert und zum Teil bereits umgesetzt. Eine davon ist die Überprüfung und Optimierung des Gerichtsschreibenden-Pools.

DigiTAF

Unter dem Projektnamen DigiTAF setzt das Bundesverwaltungsgericht seine neue Digitalisierungsstrategie um. Im Berichtsjahr standen die drei Teilprojekte Wissensmanagement, Projektportfolio-Management und Prozessmanagement als Grundlagen der digitalen Transformation im Vordergrund. Im Bereich Wissensmanagement wurde eine Vorstudie mit Ist-Analyse der bisherigen Wissensquellen und -plattformen lanciert, die im Jahr 2020 in eine Soll-Konzeption übergeht. Im Teilprojekt Projektportfolio-Management (PPM) findet eine Repriorisierung laufender Projekte statt mit dem Ziel, die Ressourcen zu bündeln und gezielter einzusetzen. Das Teilprojekt Pro-

zessmanagement dient der Überprüfung der Prozesslandkarte und hat die Harmonisierung und Optimierung der Kernprozesse über die Abteilungen und Bereiche hinweg zum Ziel – als Grundlage für spätere Digitalisierungsinitiativen.

Aufsicht

Eidgenössische Schätzungskommissionen

Die Aufsichtsdelegation über die Eidgenössischen Schätzungskommissionen (ESchK) setzt sich aus Richterinnen und Richtern sowie Mitarbeitenden der Kammer 1 der Abteilung I zusammen. Im Berichtsjahr gehörten ihr Richterin Claudia Pasqualetto Péquignot und Richter Maurizio Greppi sowie Gerichtsschreiber Stephan Metzger an. Die aufsichtsrechtliche Tätigkeit bestand im Wesentlichen in der Prüfung der Jahresberichte der ESchK-Kreise und in der Suche nach Nachfolgern für die scheidenden Präsident/innen und Vizepräsident/innen der Kreise 5, 6, 7 und 12. Die scheidenden Präsident/innen und Vizepräsident/innen der anderen Kreise wurden zur Wiederwahl für die Amtsperiode 2019–2020 vorgeschlagen. Nach Aufforderungen zur Bewerbung und Anhörung der Kandidatinnen und Kandidaten durch die Aufsichtsdelegation wählte das Gesamtgericht auf Vorschlag der Kammer 1 schliesslich sieben Personen. Die Kommissionen, die zum Teil mit einer hohen Arbeitslast konfrontiert sind, erledigten ihre Arbeit zufriedenstellend.

Seit Anfang 2018 wurde die Aufsicht über die ESchK Kreis 10 durch das Generalsekretariat des Bundesverwaltungsgerichts ausgeübt. Diese Situation wurde nach den Erneuerungswahlen korrigiert, nach denen alle Kommissionssitze für die Amtsperiode 2019–2024 (wieder) besetzt sind. Die ESchK 10 erwähnt in ihrem Jahresbericht 2019 einen weiteren Abbau ihrer Pendenzen.

Bundesgericht

An der Aufsichtssitzung mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts vom 1. April in Luzern wurden der Geschäftsbericht 2018, die Rechnung 2018 und der Voranschlag 2020 besprochen. Daneben waren der Stand des Projekts Justitia 4.0 und die Digitalisierungsprojekte der eidgenössischen Gerichte Thema. Zur Sprache kamen sodann die Teilrevision BGG, der Bericht der Finanzkommission betreffend die Nachprüfung des Projekts GO 2016 des Bundesverwaltungsgerichts sowie die Inspektion der Geschäftsprüfungskommission mit Evaluation der parlamentarischen Verwaltungskontrolle.

Ebenso besprochen wurde der Bericht des Bundesverwaltungsgerichts über Massnahmen bei Verfahren mit kurzen gesetzlichen Fristen, der infolge des Aufsichtsverfahrens 12T_4/2017 verfasst wurde. Dieser äussert sich zu Mechanismen für eine rasche Entscheidungsfindung bei kurzen gesetzlichen Behandlungsfristen.

An der Aufsichtssitzung vom 31. Oktober in St. Gallen wurden die Geschäftslast, die personelle Situation sowie die Organisation am Bundesverwaltungsgericht behandelt. Weitergehend besprochen wurden die Teilrevision BGG, der aktuelle Stand von Justitia 4.0 sowie die Inspektion der Geschäftsprüfungskommission mit Evaluation der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle. Zusätzlich war die Zusammenarbeit der eidgenössischen Gerichte hinsichtlich des Bibliotheksverbunds RERO ein wichtiges Thema.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht zwei Aufsichtsanzeigen gegen das Bundesverwaltungsgericht ein. In beiden Verfahren wurde der Anzeige keine Folge geleistet.

Bundesversammlung

Am 10. April fand eine Sitzung mit der Subkommission Gerichte der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte im Bundesgericht in Luzern statt. Besprochen wurden neben dem Geschäftsbericht 2018 die Verfahrensdauer von grossen kartellrechtlichen Fällen, die Digitalisierungsstrategie sowie die Weiterbildung von Richterinnen und Richtern am Bundesverwaltungsgericht.

Die Geschäftsprüfungskommissionen beschlossen im Rahmen ihrer Jahresplanung, zum Thema «Geschäftsverteilung bei den eidgenössischen Gerichten» eine Inspektion durchzuführen. Die Parlamentarische Verwaltungskontrolle hat im Rahmen dieser Inspektion ein Evaluationsmandat der beiden GPK erhalten und im Verlauf des Jahres bereits erste Abklärungen vorgenommen.

Mit der Finanzkommission der eidgenössischen Räte wurden im Berichtsjahr zwei Sitzungen durchgeführt. Am 16. April informierte das Bundesverwaltungsgericht über Führung und Steuerung von Informatikprojekten am Bundesverwaltungsgericht. Die Rechnung 2018 wurde besprochen. Die Sitzung vom 9. Oktober hatte den Voranschlag 2020 sowie den Finanzplan 2021–2023 zum Thema. Das Budget wurde ohne Änderungen angenommen.

Angeichts der sich abzeichnenden Ressourcenknappheit für die französische Sprache am Bundesverwaltungsgericht entschied die Gerichtskommission, die

Stelle einer Richterin bzw. eines Richters französischer Sprache auszuschreiben, auch wenn der Bestand der Richterinnen und Richter bis zum Erreichen der in der Verordnung vorgegebenen Zahl immer noch in der Reduktionsphase ist. Am 18. Dezember wählte die Vereinigte Bundesversammlung Deborah D'Aveni zur Richterin am Bundesverwaltungsgericht.

Zusammenarbeit

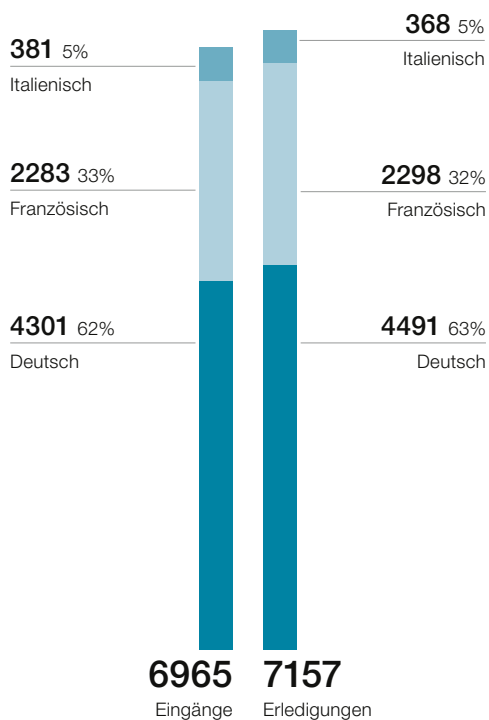
Die eidgenössischen Gerichte stehen in regelmässigem Kontakt und arbeiten auf vielen Ebenen eng zusammen. Auf Ebene der Generalsekretariate fanden vier gemeinsame Treffen statt. Dabei ging es darum, sich zu koordinieren und Synergieeffekte bei Projekten zu erzielen. Wiederkehrende Themen des Jahres waren das Projekt Justitia 4.0, die Einführung von GEVER (elektronische Geschäftsverwaltung) sowie die Zukunft des Bibliotheksverbundes. Zudem wurden die Revision des Enteignungsgesetzes, der Datenschutz und der Geschäftsbericht 2019 besprochen. Wie üblich wurden im Rahmen dieser Treffen auch die Aufsichtssitzungen vorbereitet.

2. STATISTIKEN

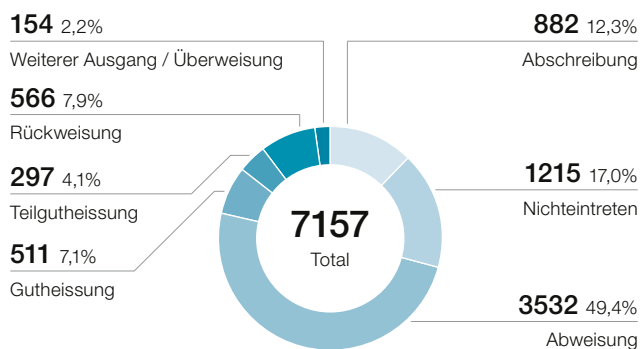
2.1 Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensausgang							
	Eingang 2018	Erledigung 2018	Übertrag von 2018	Eingang 2019	Erledigung 2019	Übertrag auf 2020	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Guttheissung	Teilguttheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
Beschwerden	7083	7251	5534	6593	6783	5344	845	1112	3454	454	293	566	39	20
Klagen	2	1	4	4	2	6	–	–	1	–	1	–	–	–
Andere Rechtsmittel	158	144	22	176	179	19	27	10	18	39	–	–	44	41
Revisionsgesuche usw.	231	208	45	192	193	44	10	93	59	18	3	–	8	2
TOTAL	7474	7604	5605	6965	7157	5413	882	1215	3532	511	297	566	91	63

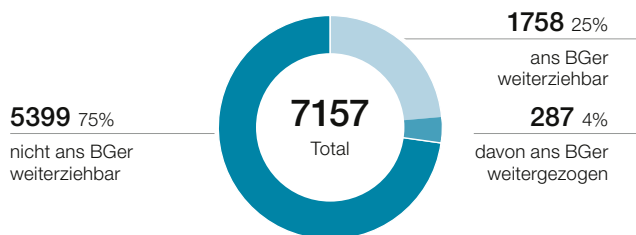
2.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2019



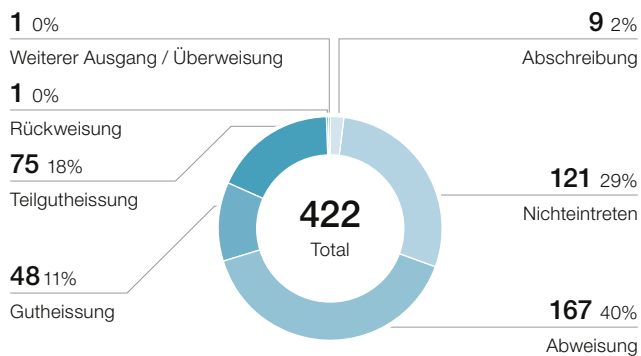
2.1.2 Art der Erledigung 2019

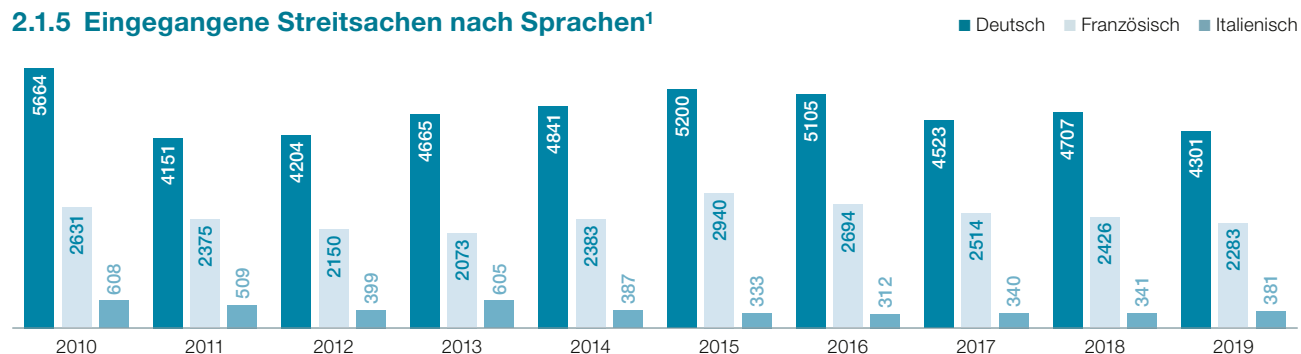
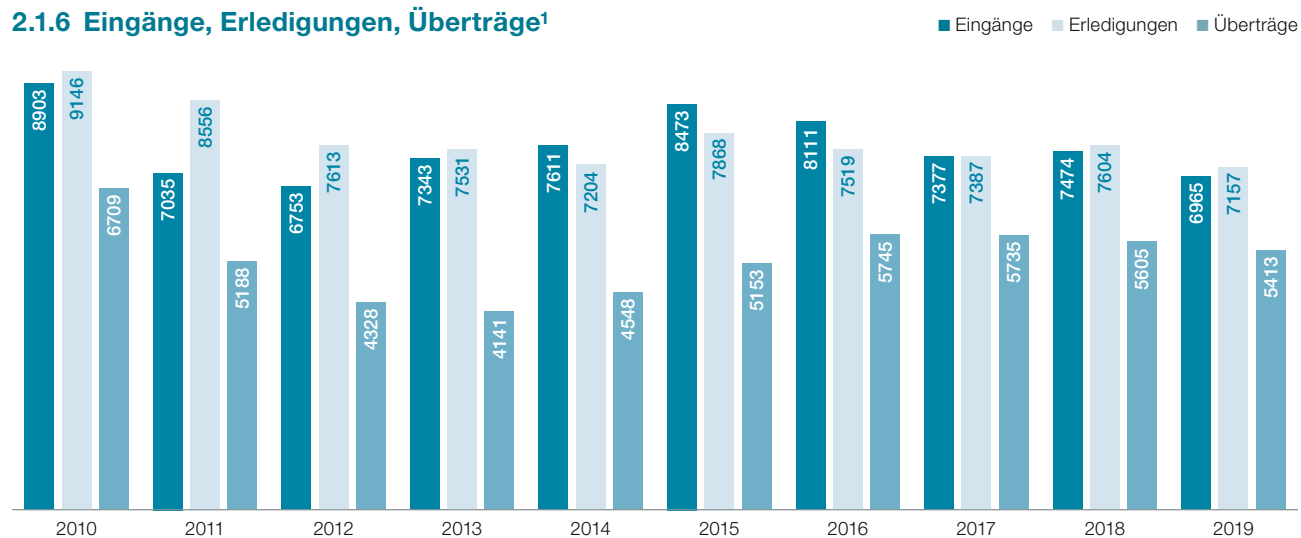


2.1.3 Erledigung 2019



2.1.4 Erledigung der weitergezogenen Verfahren

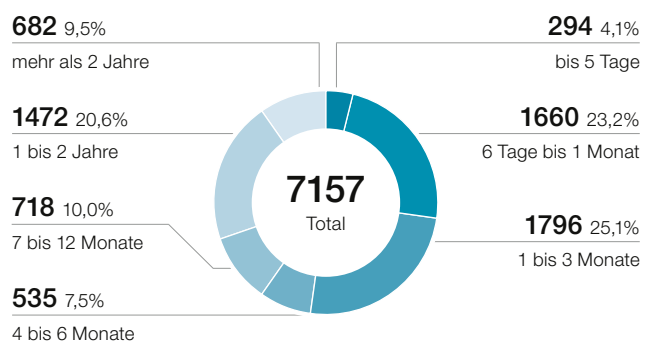


2.1.5 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen¹2.1.6 Eingänge, Erledigungen, Überträge¹

¹ Die Differenzen zu den Zahlen gemäss Geschäftsbericht 2018 sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen usw.).

2.2 Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2019
Beschwerden	239	1507	1662	521	707	1468	679	6783
Klagen	–	–	–	–	1	–	1	2
Andere Rechtsmittel	38	67	63	7	2	2	–	179
Revisionsgesuche usw.	17	86	71	7	8	2	2	193
GESAMTTOTAL	294	1660	1796	535	718	1472	682	7157



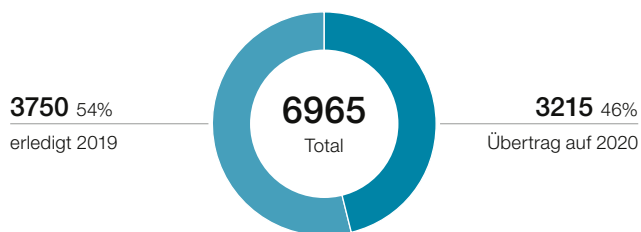
2.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	276	3205	340	2913
Klagen	850	1426	766	3478
Andere Rechtsmittel	42	651	167	524
Revisionsgesuche usw.	63	1198	188	818
GESAMTDURCHSCHNITT	264	3205	339	3478

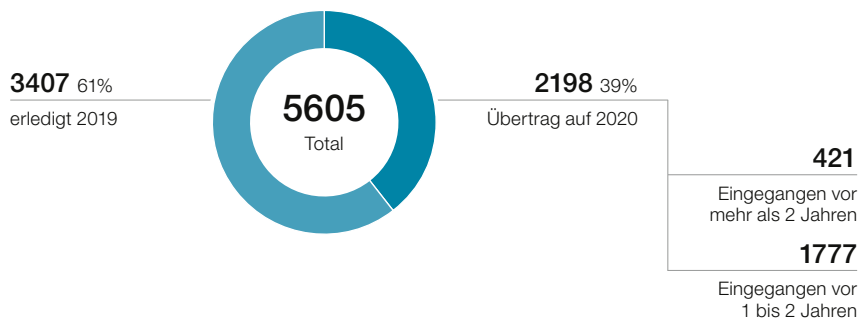
2.3 Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)					Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)					Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)		
	Neueingang 2019	davon Erledigung 2019		davon Übertrag auf 2020		Übernommene Geschäfte von 2018	davon Erledigung 2019		davon Übertrag auf 2020		Neueingang 2019	Erledigung 2019	
Abteilung I	767	261	34%	506	66%	598	394	66%	204	34%	767	655	85%
Abteilung II	415	167	40%	248	60%	352	219	62%	133	38%	415	386	93%
Abteilung III	660	186	28%	474	72%	839	473	56%	366	44%	660	659	100%
Abteilung IV	1952	1281	66%	671	34%	1453	896	62%	557	38%	1952	2177	112%
Abteilung V	1908	1140	60%	768	40%	1508	798	53%	710	47%	1908	1938	102%
Abteilung VI	1263	715	57%	548	43%	855	627	73%	228	27%	1263	1342	106%
TOTAL	6965	3750	54%	3215	46%	5605	3407	61%	2198	39%	6965	7157	103%

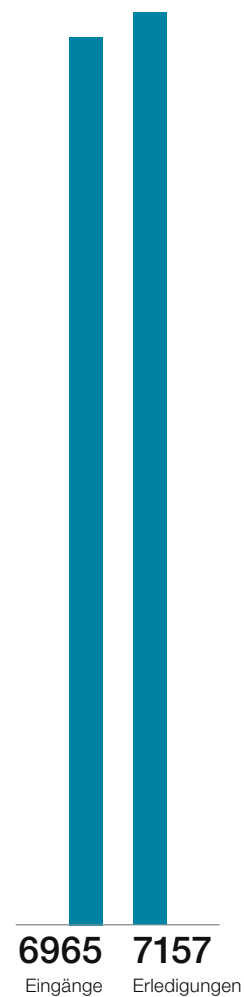
2.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



2.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)



2.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)

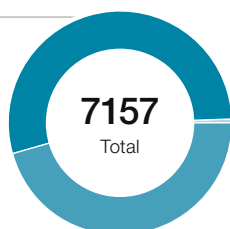


2.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

	Einzel- richter ¹	Zirkulationsweg ²			Sitzungen ³		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	3640	3102	14	3116	22	5	27
Klagen	–	2	–	2	–	–	–
Andere Rechtsmittel	108	71	–	71	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	103	90	–	90	–	–	–
TOTAL	3851	3265	14	3279	22	5	27

3851 53,8%

Einzelrichter¹



27 0,4%

Sitzungen

3279 45,8%

Zirkulationsweg

22 81,5%

3 Richter

5 18,5%

5 Richter

3265 99,6%

3 Richter

14 0,4%

5 Richter

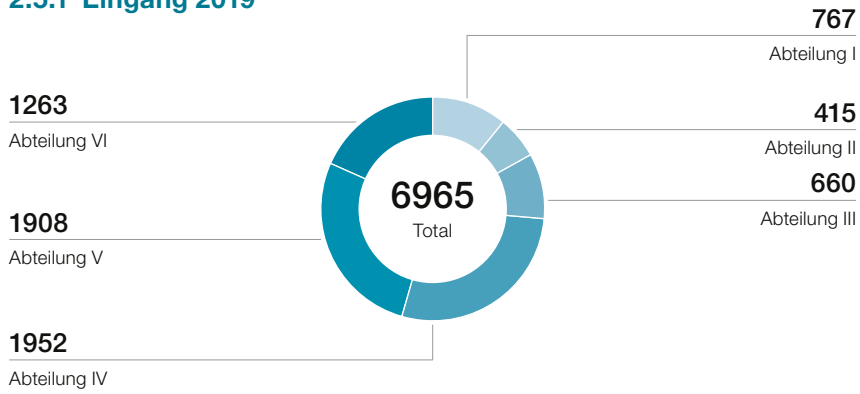
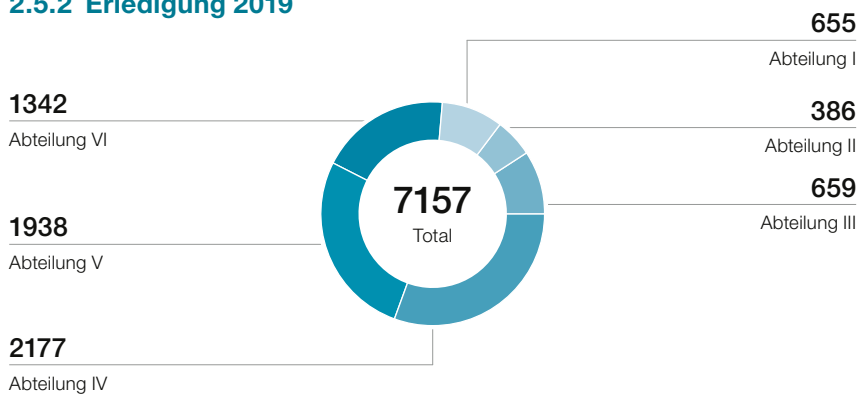
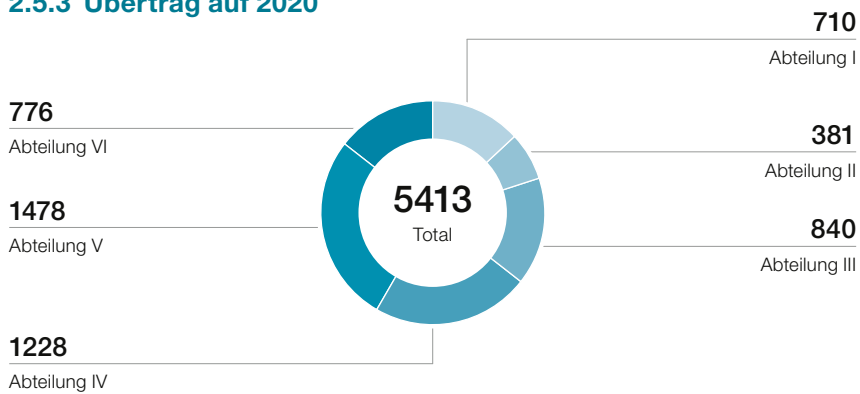
¹ Darin enthalten sind 1646 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweitrichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

² Inklusive nicht öffentlicher Urteilsberatungen

³ Nur öffentliche Urteilsberatungen

2.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2018	Eingang 2019	Erledigung 2019	Übertrag auf 2020
Abteilung I				
Beschwerden	591	746	629	708
Klagen	1	–	1	–
Andere Rechtsmittel	6	19	23	2
Revisionsgesuche usw.	–	2	2	–
Total	598	767	655	710
Abteilung II				
Beschwerden	348	401	377	372
Klagen	3	4	1	6
Andere Rechtsmittel	–	7	6	1
Revisionsgesuche usw.	1	3	2	2
Total	352	415	386	381
Abteilung III				
Beschwerden	834	651	649	836
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	2	6	6	2
Revisionsgesuche usw.	3	3	4	2
Total	839	660	659	840
Abteilung IV				
Beschwerden	1430	1812	2040	1202
Andere Rechtsmittel	4	66	66	4
Revisionsgesuche usw.	19	74	71	22
Total	1453	1952	2177	1228
Abteilung V				
Beschwerden	1485	1775	1801	1459
Andere Rechtsmittel	6	44	46	4
Revisionsgesuche usw.	17	89	91	15
Total	1508	1908	1938	1478
Abteilung VI				
Beschwerden	846	1208	1287	767
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	4	34	32	6
Revisionsgesuche usw.	5	21	23	3
Total	855	1263	1342	776
GESAMTTOTAL	5605	6965	7157	5413

2.5.1 Eingang 2019**2.5.2 Erledigung 2019****2.5.3 Übertrag auf 2020**

2.6 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

	Eingang					Erledigung				
	2015	2016	2017	2018	2019	2015	2016	2017	2018	2019
Abteilung I										
Beschwerden	661	740	603	706	746	636	644	644	621	629
Klagen	2	–	1	1	–	–	–	2	1	1
Andere Rechtsmittel	16	21	24	20	19	17	21	24	17	23
Revisionsgesuche usw.	2	–	6	5	2	4	–	5	6	2
Total	681	761	634	732	767	657	665	675	645	655
Abteilung II										
Beschwerden	409	443	383	377	401	396	423	425	433	377
Klagen	2	–	–	1	4	2	2	–	–	1
Andere Rechtsmittel	2	1	4	11	7	2	1	4	11	6
Revisionsgesuche usw.	1	1	5	6	3	1	–	6	5	2
Total	414	445	392	395	415	401	426	435	449	386
Abteilung III¹										
Beschwerden	1718	673	677	666	651	1770	736	771	698	649
Klagen	–	–	–	–	–	1	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	13	1	3	7	6	16	1	3	5	6
Revisionsgesuche usw.	8	5	6	8	3	10	5	5	6	4
Total	1739	679	686	681	660	1797	742	779	709	659
Abteilung IV										
Beschwerden	2775	2483	2102	2133	1812	2460	2253	2077	2235	2040
Andere Rechtsmittel	43	65	43	52	66	41	57	52	50	66
Revisionsgesuche usw.	53	73	59	97	74	46	79	62	85	71
Total	2871	2621	2204	2282	1952	2547	2389	2191	2370	2177
Abteilung V										
Beschwerden	2664	2379	2028	1934	1775	2359	2176	1980	1971	1801
Andere Rechtsmittel	52	58	58	43	44	52	59	58	38	46
Revisionsgesuche usw.	52	61	71	100	89	55	61	69	93	91
Total	2768	2498	2157	2077	1908	2466	2296	2107	2102	1938
Abteilung VI²										
Beschwerden	–	1086	1273	1267	1208	–	982	1169	1293	1287
Klagen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	–	16	23	25	34	–	17	22	23	32
Revisionsgesuche usw.	–	5	8	15	21	–	2	9	13	23
Total	–	1107	1304	1307	1263	–	1001	1200	1329	1342
GESAMTTOTAL	8473	8111	7377	7474	6965	7868	7519	7387	7604	7157

¹ 2012–2015: Die Abteilung gliedert sich in zwei Kammern. Am 1.7.2016 entstand aus der Kammer 2 die Abteilung VI. Die Zahlen des Jahres 2016 enthalten auch die Werte der ehemaligen Abteilung III Kammer 1 der ersten Jahreshälfte.

² Die aus der ehemaligen Kammer 2 der Abteilung III gebildete Abteilung VI besteht seit 1.7.2016: Für die erste Jahreshälfte 2016 wurden die Zahlen der ehemaligen Abteilung III Kammer 2 berücksichtigt.

2.7 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	davon Entscheidung aufgrund von Rückweisung	Total
Staat – Volk – Behörden						
140.00 Bürgerrecht	60	-	1	1	-	62
141.00 Ausländerrecht	846	-	23	11	-	880
142.10 Asylverfahren	4120	-	60	158	-	4338
142.50 Asyl Verschiedenes	33	-	-	-	-	33
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	12	-	1	1	-	14
144.00 Ausweisschriften	29	-	-	1	-	30
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	9	-	-	-	-	9
170.00 Staatshaftung (Bund)	10	-	-	-	-	10
172.00 Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren	21	-	68	12	-	101
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	33	-	-	-	-	33
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	70	-	-	-	-	70
195.00 Schweizer Personen und Institutionen im Ausland	10	-	-	-	-	10
199.00 Amts- und Rechtshilfe (inkl. Steuern u. Finanzmarkt)	103	-	-	-	-	103
Total Staat – Volk – Behörden	5356	-	153	184	-	5693
Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung						
210.10 Stiftungsaufsicht	5	-	-	-	-	5
210.20 Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-	-
221.10 Revisionsaufsicht	3	-	-	-	-	3
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	1	-	-	-	-	1
232.10 Urheberrecht	5	-	-	-	-	5
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	78	-	-	-	-	78
232.50 Erfindungspatente	2	-	-	-	-	2
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	37	1	7	-	-	45
232.70 Ursprungsbezeichnungen	-	-	-	-	-	-
251.00 Kartelle	18	-	-	-	-	18
Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung	149	1	7	-	-	157
Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug						
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	-	-	-	-	-	-
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-	-
Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug	-	-	-	-	-	-
Schule – Wissenschaft – Kultur						
410.00 Schule	90	-	-	1	-	91
420.00 Wissenschaft und Forschung	4	-	-	-	-	4
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	5	-	-	-	-	5
450.00 Natur- und Heimatschutz	3	-	-	-	-	3
Total Schule – Wissenschaft – Kultur	102	-	-	1	-	103
Landesverteidigung						
500.00 Landesverteidigung	14	-	1	-	-	15
Finanzen						
610.00 Subventionen	7	-	-	-	-	7
630.00 Zölle	36	-	-	-	-	36
641.00 Stempelabgaben	1	-	-	-	-	1
641.99 Indirekte Steuern	69	-	1	1	-	71
643.00 Mehrwertsteuer (inkl. WUST)	55	-	1	1	-	57
650.00 Schwerverkehrsabgabe	5	-	-	-	-	5
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	9	-	-	-	-	9
650.99 Direkte Steuern	3	-	-	-	-	3
654.00 Verrechnungssteuer	9	-	-	1	-	10
655.00 Internationales Steuerrecht	-	-	-	-	-	-
699.00 Finanzen (Übriges)	2	-	-	-	-	2
Total Finanzen	127	-	1	2	-	130

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	davon Entscheidung aufgrund von Rückweisung	Total
Öffentliche Werke – Energie – Verkehr						
711.00 Enteignung	12	-	-	-	-	12
725.00 Nationalstrassen	10	-	-	-	-	10
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	25	-	-	-	-	25
730.20 Elektrische Anlagen	59	-	-	-	-	59
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	1	-	-	-	-	1
742.00 Eisenbahnen	19	-	-	-	-	19
748.10 Luftfahrtanlagen	9	-	-	-	-	9
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	19	-	3	-	-	22
749.00 Übrige Anlagen	2	-	-	-	-	2
783.00 Post, Fernmeldewesen	17	-	-	-	-	17
785.00 Radio und Fernsehen	20	-	1	-	-	21
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	4	-	-	-	-	4
Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr	197	-	4	-	-	201
Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit						
810.10 Medizin und Menschenwürde	-	-	-	-	-	-
810.20 Medizinalberufe	4	-	-	-	-	4
810.30 Heilmittel	27	-	-	-	-	27
810.40 Chemikalien	18	-	-	-	-	18
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	5	-	-	-	-	5
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	4	-	-	-	-	4
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	1	-	-	-	-	1
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	23	-	-	-	-	23
830.00 Sozialversicherung	679	1	6	4	-	690
830.10 Sozialversicherung AT	4	-	-	-	-	4
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	134	-	-	2	-	136
830.40 Invalidenversicherung (IV)	390	-	3	2	-	395
830.50 Krankenversicherung	62	-	3	-	-	65
830.60 Unfallversicherung	23	-	-	-	-	23
830.70 Berufliche Vorsorge	61	-	-	-	-	61
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-
830.90 Familienzulagen	-	-	-	-	-	-
830.95 Arbeitslosenversicherung	6	1	-	-	-	7
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	1	-	-	-	-	1
850.00 Fürsorge	-	-	-	-	-	-
Total Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit	763	1	6	4	-	774
Wirtschaft – technische Zusammenarbeit						
901.00 Investitions- und Standortförderung	-	-	-	-	-	-
910.00 Landwirtschaft	18	-	-	-	-	18
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
930.00 Industrie und Gewerbe	-	-	-	-	-	-
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	-	-	-	-	-	-
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	37	-	-	1	-	38
950.20 Finanzmarktaufsicht	34	-	-	1	-	35
990.99 Wirtschaft – technische Zusammenarbeit (Übriges)	-	-	-	-	-	-
Total Wirtschaft – technische Zusammenarbeit	55	-	-	1	-	56
999.00 Übriges	20	-	7	1	-	28
GESAMTTOTAL	6783	2	179	193	-	7157